

Außenansicht

S o heftig in Deutschland seit Wochen über den Afghanistan-Einsatz debattiert wird – eine Frage ist dabei nie gestellt worden: Was halten eigentlich die Afghanen selbst vom Engagement der Bundeswehr und der deutschen Entwicklungshilfe? Die Antwort darauf fällt eindeutig aus: Die große Mehrheit im Nordosten des Landes ist der Meinung, dass sich ihre Sicherheitslage in den vergangenen Jahren verbessert hat. Dies ist ein Ergebnis der ersten repräsentativen Umfrage, die ein Team der Freien Universität Berlin in Zusammenarbeit mit einer privaten einheimischen Organisation im vergangenen Jahr im Nordosten vorgenommen hat, also dort, wo vor allem die Deutschen im Einsatz sind.

In 77 Gemeinden wurden Bewohnern in anderthalbstündigen Interviews jeweils 57 Fragen gestellt. Wer immer hierzulande der Meinung ist, die ausländischen Soldaten würden von den Einheimischen als Besatzer erlebt, der muss diese Ansicht nun korrigieren. 80 Prozent der Afghanen nämlich finden, dass es ausländische Truppen sind, die zu ihrer Sicherheit beigetragen haben – den lokalen Miliz-Kommandeuren hingegen schreiben fast genau so viele der Befragten, nämlich 78 Prozent, keinerlei Bedeutung zu. Die internationale Präsenz genießt also höchstes Ansehen. Das gilt auch für die Aufbauhilfe, die Afghanen wissen sehr genau, wem sie den Bau von Straßen, Verbesserungen bei der Trinkwas-

Außenansicht

Ein Staat, der sogar hilft

Was halten eigentlich die Afghanen von der Bundeswehr? Die erstaunlichen Ergebnisse einer Befragung in dem Krisenland

Von Thomas Risse

serversorgung und im Bildungswesen zu verdanken haben: Fast zwei von drei Befragten weisen Fortschritte hier den Helfern aus dem Westen zu. Ein weiteres Ergebnis: Eine große Mehrheit der afghanischen männlichen Haushaltsvorstände unterstützt die Schulbildung gerade für Mädchen – angesichts der Vorurteile, die in Deutschland über islamische Kulturen herrschen, mag dies überraschen. Demgegenüber wurde die afghanische Regierung als wenig einflussreich eingeschätzt. Nur 13 Prozent führten Verbesserungen der Straßenqualität auf sie zurück, Fortschritte bei der Trinkwasserversorgung wurden sogar nur von fünf Prozent mit ihr verbunden.

Das Bedrückende allerdings ist: So sehr die Afghanen das internationale Engagement begrüßen, so wenig findet es in

Deutschland Unterstützung. Die Mehrheit der Deutschen ist für den Abzug aus Afghanistan. Dieser Umstand stellt die Politiker vor ein Problem. Denn allen Beteiligten ist klar, dass das Engagement in Afghanistan für die Zukunft des Landes überlebenswichtig ist – und zwar sowohl das militärische als auch das zivile. Die afghanische Regierung ist einfach zu schwach – was auch darin deutlich wird, dass sich im Fall von Konflikten die meisten der Befragten an den jeweiligen Dorfrat wenden. Nur zwei Prozent bevorzugen die Distrikt-Administration. Die deutsche Afghanistan-Politik kann auf Dauer aber nur erfolgreich bleiben, wenn sie auch zu Hause grundsätzlich unterstützt wird.

In einer solchen Situation muss der Brief des US-Verteidigungsministers Ro-

bert Gates an die Bundesregierung, in dem er deutsche Truppen für die Kampfeinsätze im Süden des Landes fordert, höchst ungelegen kommen. Doch hat Gates den Finger auf einen wunden Punkt gelegt: In Afghanistan ist der Westen gemeinsam aktiv – ganz anders als im Irak. Insofern muss hier die Bündnissolidarität gelten. Es kann nicht angehen, dass die Deutschen im Nordosten Brücken bauen, während Kanadier im Süden ihr Leben riskieren. Eine solche Arbeitsteilung hält ein Bündnis auf Dauer nicht aus. Nur: Wenn schon über den bisherigen Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan hierzulande Streit herrscht, dann ist ein neues Mandat des Bundestags für Kampfeinsätze im Süden innenpolitisch auf keinen Fall vorstellbar. Wie sollte sich die Bundesregierung daher verhalten?

Zunächst müssen die Bundeskanzlerin und der Bundesaußenminister den Deutschen reinen Wein einschenken: Erstens braucht Afghanistan uns auf lange Zeit. Ein Rückzug wäre eine Katastrophe für die Menschen dort und würde das Erreichte sofort wieder gefährden. Darüber hinaus dient der deutsche Einsatz dem Frieden und der internationalen Stabilität.

Zweitens ist der militärische Beitrag integraler Bestandteil des deutschen Engagements, und er ist heute schon ein Kampfeinsatz, auch im Nordosten. Die

Trennung zwischen „Aufbauhilfe“ im Norden und „Kampfeinsatz“ im Süden ist künstlich, sie hat mit der Realität dort nichts zu tun, sondern spaltet nur die Nato. Die deutsche Öffentlichkeit hat Anspruch darauf, dass die Bundesregierung hier Klarheit herstellt und sich nicht hinter vagen Formeln versteckt. Sie muss weit mehr als bisher für die Unterstützung des deutschen Afghanistan-Engagements in der Öffentlichkeit werben.

Heißt dies, dass die Bundeswehr nun ihre Einsätze in den Süden verlagern sollte? Nein, im Gegenteil. Die Bundesregierung sollte unseren kanadischen, niederländischen, britischen und amerikanischen Freunden deutlich machen, dass der Schwerpunkt des deutschen, auch des militärischen Engagements im Nordosten liegt, und dass er dort erste Erfolge zeitigt. Deutschen Soldaten ist dort nach-



Thomas Risse ist Politik-Professor an der FU Berlin. Der Beitrag fußt auf einer Studie, für die afghanische Mitarbeiter 2000 Haushalte im Nordosten des Landes besuchten. (www.sfb-governance.de)

Foto: oh

weisbar die öffentliche Sicherheit zu verdanken, und die deutsche Entwicklungshilfe leistet einen maßgeblichen Beitrag für den Wiederaufbau. Dies alles würde gefährdet, wenn sich der Schwerpunkt des deutschen Engagements in andere Teile Afghanistans verlagerte. Eine Ausweitung des Mandats auf den Süden kommt deshalb nicht nur aus innenpolitischen Gründen kaum in Frage. Es wäre auch in der Sache falsch.

Das heißt natürlich nicht, dass die Bundeswehr niemals und auf gar keinen Fall für den Süden zur Verfügung steht. Einsätze zur Nothilfe sind bereits durch das bestehende Mandat des Bundestags gedeckt – wenn der Kommandeur der Isaf-Truppen Bündnissolidarität einfordert, könnte die Bundeswehr kaum abseits stehen. Diesen Streit innerhalb der Nato könnte man sich also sparen. Wichtiger als die Debatte um Bündnissolidarität ist im Übrigen die Einrichtung einer durchsetzungsfähigen Koordinationsstelle in Afghanistan, die die zahlreichen Aufbauprojekte der internationalen Gemeinschaft in ein kohärentes Programm umsetzen kann. Denn immerhin kommt die internationale Hilfe bei denjenigen an, für die sie gedacht ist. Demgegenüber fanden nur drei Prozent der Befragten, dass sich Distrikt- und Provinzverwaltung regelmäßig um wichtige Belange des Dorfes kümmern. Zwei von drei Befragten hingegen antworteten: Dies passiert selten bis nie.

So heftig in Deutschland seit Wochen über den Afghanistan-Einsatz debattiert wird – eine Frage ist dabei nie gestellt worden: Was halten eigentlich die Afghanen selbst vom Engagement der Bundeswehr und der deutschen Entwicklungshilfe? Die Antwort darauf fällt eindeutig aus: Die große Mehrheit im Nordosten des Landes ist der Meinung, dass sich ihre Sicherheitslage in den vergangenen Jahren verbessert hat. Dies ist ein Ergebnis der ersten repräsentativen Umfrage, die ein Team der Freien Universität Berlin in Zusammenarbeit mit einer privaten einheimischen Organisation im vergangenen Jahr im Nordosten vorgenommen hat, also dort, wo vor allem die Deutschen im Einsatz sind.

In 77 Gemeinden wurden Bewohnern in anderthalbstündigen Interviews jeweils 57 Fragen gestellt. Wer immer hierzulande der Meinung ist, die ausländischen Soldaten würden von den Einheimischen als Besatzer erlebt, der muss diese Ansicht nun korrigieren. 80 Prozent der Afghanen nämlich finden, dass es ausländische Truppen sind, die zu ihrer Sicherheit beigetragen haben – den lokalen Miliz-Kommandeuren hingegen schreiben fast genau so viele der Befragten, nämlich 78 Prozent, keinerlei Bedeutung zu. Die internationale Präsenz genießt also höchstes Ansehen. Das gilt auch für die Aufbauhilfe, die Afghanen wissen sehr genau, wem sie den Bau von Straßen, Verbesserungen bei der Trinkwasser-

Außenansicht

Ein Staat, der sogar hilft

Was halten eigentlich die Afghanen von der Bundeswehr? Die erstaunlichen Ergebnisse einer Befragung in dem Krisenland

Von Thomas Risse

erversorgung und im Bildungswesen zu verdanken haben: Fast zwei von drei Befragten weisen Fortschritte hier den Helfern aus dem Westen zu. Ein weiteres Ergebnis: Eine große Mehrheit der afghanischen männlichen Haushaltsvorstände unterstützt die Schulbildung gerade für Mädchen – angesichts der Vorurteile, die in Deutschland über islamische Kulturen herrschen, mag dies überraschen. Demgegenüber wurde die afghanische Regierung als wenig einflussreich eingeschätzt. Nur 13 Prozent führten Verbesserungen der Straßenqualität auf sie zurück, Fortschritte bei der Trinkwasser-versorgung wurden sogar nur von fünf Prozent mit ihr verbunden.

Das Bedrückende allerdings ist: So sehr die Afghanen das internationale Engagement begrüßen, so wenig findet es in

Deutschland Unterstützung. Die Mehrheit der Deutschen ist für den Abzug aus Afghanistan. Dieser Umstand stellt die Politiker vor ein Problem. Denn allen Beteiligten ist klar, dass das Engagement in Afghanistan für die Zukunft des Landes überlebenswichtig ist – und zwar sowohl das militärische als auch das zivile. Die afghanische Regierung ist einfach zu schwach – was auch darin deutlich wird, dass sich im Fall von Konflikten die meisten der Befragten an den jeweiligen Dorfrat wenden. Nur zwei Prozent bevorzugen die Distrikt-Administration. Die deutsche Afghanistan-Politik kann auf Dauer aber nur erfolgreich bleiben, wenn sie auch zu Hause grundsätzlich unterstützt wird.

In einer solchen Situation muss der Brief des US-Verteidigungsministers Ro-

bert
der
eins
höc-
Gat
Pun
ten;
Irak
dari
das:
cke
den
beit
nich
heri
gha
dan
tags
poli
soll-
verl

Z
und
sche
bra
Ein
die
reic
ber
der
bili

Z
inte
gagi
Kar

bert Gates an die Bundesregierung, in dem er deutsche Truppen für die Kampfeinsätze im Süden des Landes fordert, höchst ungelegen kommen. Doch hat Gates den Finger auf einen wunden Punkt gelegt: In Afghanistan ist der Westen gemeinsam aktiv – ganz anders als im Irak. Insofern muss hier die Bündnissolidarität gelten. Es kann nicht angehen, dass die Deutschen im Nordosten Brücken bauen, während Kanadier im Süden ihr Leben riskieren. Eine solche Arbeitsteilung hält ein Bündnis auf Dauer nicht aus. Nur: Wenn schon über den bisherigen Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan hierzulande Streit herrscht, dann ist ein neues Mandat des Bundestags für Kampfeinsätze im Süden innenpolitisch auf keinen Fall vorstellbar. Wie sollte sich die Bundesregierung daher verhalten?

Zunächst müssen die Bundeskanzlerin und der Bundesaußenminister den Deutschen reinen Wein einschenken: Erstens braucht Afghanistan uns auf lange Zeit. Ein Rückzug wäre eine Katastrophe für die Menschen dort und würde das Erreichte sofort wieder gefährden. Darüber hinaus dient der deutsche Einsatz dem Frieden und der internationalen Stabilität.

Zweitens ist der militärische Beitrag integraler Bestandteil des deutschen Engagements, und er ist heute schon ein Kampfeinsatz, auch im Nordosten. Die

Trennung zwischen „Aufbauhilfe“ im Norden und „Kampfeinsatz“ im Süden ist künstlich, sie hat mit der Realität dort nichts zu tun, sondern spaltet nur die Nato. Die deutsche Öffentlichkeit hat Anspruch darauf, dass die Bundesregierung hier Klarheit herstellt und sich nicht hinter vagen Formeln versteckt. Sie muss weit mehr als bisher für die Unterstützung des deutschen Afghanistan-Engagements in der Öffentlichkeit werben.

Heißt dies, dass die Bundeswehr nun ihre Einsätze in den Süden verlagern sollte? Nein, im Gegenteil. Die Bundesregierung sollte unseren kanadischen, niederländischen, britischen und amerikanischen Freunden deutlich machen, dass der Schwerpunkt des deutschen, auch des militärischen Engagements im Nordosten liegt, und dass er dort erste Erfolge zeitigt. Deutschen Soldaten ist dort nach-



Thomas Risse ist Politik-Professor an der FU Berlin. Der Beitrag fußt auf einer Studie, für die afghanische Mitarbeiter 2000 Haushalte im Nordosten des Landes besuchten. (www.sfb-governance.de)

Foto: oh

weisbar die öffentliche Sicherheit zu verdanken, und die deutsche Entwicklungshilfe leistet einen maßgeblichen Beitrag für den Wiederaufbau. Dies alles würde gefährdet, wenn sich der Schwerpunkt des deutschen Engagements in andere Teile Afghanistans verlagerte. Eine Ausweitung des Mandats auf den Süden kommt deshalb nicht nur aus innenpolitischen Gründen kaum in Frage. Es wäre auch in der Sache falsch.

Das heißt natürlich nicht, dass die Bundeswehr niemals und auf gar keinen Fall für den Süden zur Verfügung steht. Einsätze zur Nothilfe sind bereits durch das bestehende Mandat des Bundestags gedeckt – wenn der Kommandeur der Isaf-Truppen Bündnissolidarität einfordert, könnte die Bundeswehr kaum abseits stehen. Diesen Streit innerhalb der Nato könnte man sich also sparen. Wichtiger als die Debatte um Bündnissolidarität ist im Übrigen die Einrichtung einer durchsetzungsfähigen Koordinationsstelle in Afghanistan, die die zahlreichen Aufbauprojekte der internationalen Gemeinschaft in ein kohärentes Programm umsetzen kann. Denn immerhin kommt die internationale Hilfe bei denjenigen an, für die sie gedacht ist. Demgegenüber fanden nur drei Prozent der Befragten, dass sich Distrikt- und Provinzverwaltung regelmäßig um wichtige Belange des Dorfes kümmern. Zwei von drei Befragten hingegen antworteten: Dies passiert selten bis nie.